

AntragstellerInnen:

Eva von Angern, Detlef Eckert, Regina Frömert, Rosemarie Hein, Oliver Müller

Antrag an die 2. Tagung des 1. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

ALLEN KINDERN EINE ZUKUNFT GEBEN

Antrag zur Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung wegen sozialer Herkunft sowie des Rechtes auf Bildung

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt fordert am heutigen Weltkindertag 2008 dazu auf, einen Forderungskatalog an die Landes- und Bundesregierung sowie die Fraktionen des Landtages von Sachsen-Anhalt als auch des Deutschen Bundestages bezüglich dringend erforderlicher Ergänzungen der Regelungen zur Sicherung des Bedarfes von Kindern in den jeweiligen Büchern des Sozialgesetzbuches und der jeweiligen Landesgesetze zu erarbeiten.

Mindestforderungen sollen dabei unter anderem sein:

- Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz und in die Landesverfassung;
- Erhöhung der Regelsätze für Kinder, da diese im Verlaufe ihrer körperlichen Entwicklung bekanntermaßen mindestens einmal jährlich neu einzukleiden sind und Interessen im Freizeit-Bereich geweckt werden, aber auch wechseln;
- Erhöhung der Transferleistungen für Kinder im schulpflichtigen Alter zur Sicherung der zu Schuljahresbeginn erforderlichen Grundausstattung an Lehr- und Lernmitteln einschließlich jährlich möglicher Kosten für Klassenausflüge – mindestens durch eine Einmalleistung;
- Zahlung einer Einmalleistung in angemessener (nicht am Durchschnitt der geringstfinanzierten Bevölkerungsgruppe orientierten) Höhe bei Jugendweihe, Konfirmation, Kommunion für Kleidung und kleine Feier;
- Nichtanrechnung von „Geldgeschenken“ anlässlich Geburtstagen, gesetzlichen Feiertagen sowie vorgenannten persönlichen Lebenshöhepunkten auf die Zahlung der Transferleistungen für die Bedarfsgemeinschaft;

- Rechtsanspruch für alle Kinder auf Ganztagsbetreuung in einer Kindertageseinrichtung unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern;
- Unterstützung der Kommunen bei der Bereitstellung einer kostengünstigen Mittagsversorgung für alle Kinder ohne Anrechnung auf den Regelsatz der Bedarfsgemeinschaft;
- Einführung eines Sozialtickets in allen Kommunen zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs, das ebenfalls nicht mit den Bezügen nach SGB II verrechnet wird.

DIE LINKE wird sich auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gegen die Ursachen und Auswirkungen von Kinderarmut im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten stark machen. Hierfür bedarf es kurz-, mittel- und langfristiger Lösungsstrategien.

Da die Kinder von heute unsere Zukunft von morgen sind, muss die Bekämpfung der Kinderarmut auf allen Ebenen ressortübergreifend Chefsache sein! Die vorhandenen Spielräume in den jeweiligen Haushalten müssen sich an dieser Aufgabe ausrichten. Ein Neuverschuldungsverbot darf nicht auf Kosten der Kinder eingeführt werden. Sparen oder besser gesagt Kürzen hat keinen Selbstzweck, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten, sonst sparen wir unsere Zukunft – die Kinder – weg.

Zur Umsetzung dieser Vorhaben wird DIE LINKE. Sachsen-Anhalt u.a. die vom Parteivorstand beschlossene Kita-Kampagne entsprechend der vom Landesvorstand beschlossenen Maßnahmen unterstützen.

Begründung:

Im Land Sachsen-Anhalt leben ca. 81.000 Kinder in Bedarfsgemeinschaften, allein in der Landeshauptstadt Magdeburg sind es aktuell ca. 37 %; in Halle sogar mehr als 40 %. Im Durchschnitt lebt in Sachsen-Anhalt jedes dritte Kind an der Schwelle zur Armut.

Kinder in dieser Lebenslage sind im hohen Maße von materieller Armut aber auch von Bildungsarmut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Im Jahr 2005 war jedes vierte Kind von Armut betroffen, im Jahr 2007 war es bereits mehr als jedes dritte – die Tendenz ist stetig steigend.

Kinderarmut hat viele Ursachen und bedarf zu ihrer Bewältigung des Zusammenwirkens aller Politikbereiche und –ebenen, von der Bundes-, über die Landes- bis zur Kommunalebene. Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eine Querschnittsaufgabe.

Anlässlich des vergangenen Europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007 hat der Rat der Europäischen Union in einer EntschlieÙung nachdrücklich auf das Erfordernis eines solchen komplexen Ansatzes hingewiesen.